Augsburg, Berlin, Bremen, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt, Friedrichshafen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Hof Plauen, Köln-Bonn, Leipzig-Halle, Mannheim, München, Münster-Osnabrück, Nürnberg, Stuttgart, Sylt.

Lufthansa

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 14. Januar 2006 116. Jahrgang Nr. 31.545

In Deutschland sind wir zu Hause

Lufthansa

Kosteki-Santillán-Prozess beendet

Fanchiotti und Acosta zu lebenslänglicher Haft verurteilt

Buenos Aires (AT/AG) – Am Montag endete der Prozess wegen des sogenannten Massakers von Avellaneda. Der Tag, an dem die Polizei gegen eine Demonstration der organisierten arbeitslosen Bevölkerung eingeschritten ist und dabei zwei Demonstranten erschossen hat, wird von den Piquetero-Organisationen jeden Monat als Tag der Unterdrückung der sozialen Proteste begangen. Die Hauptangeklagten, Polizeikomissar Alfredo Fanchiotti und sein Fahrer Alejandro Acosta, wurden des Totschlags für schuldig befunden und zu lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt.

Im Gerichtsverfahren wegen der Unterdrückung der Piquetero-Kundgebung in einem Vorort von Buenos Aires wurden insgesamt acht Ex-Polizisten angeklagt. Fanchiotti und Acosta wurden nicht nur die Erschießung von Maximiliano Kosteki und Darío Santillán zur Last gelegt, sondern auch versuchter Totschlag im Falle anderer verletzter Demonstranten. Weiterhin wurden fünf Polizisten schuldig gesprochen, die in Avellaneda begangenen Verbrechen zu verdecken.

Das Strafgericht von Lomas de Zamora entsprach in seinem Urteilsspruch im wesentlichen den Vorschlägen der Staatsanwaltschaft.

Bei der Beweisführung gegen Fanchiotti und Acosta waren die Fotos und Videoaufnahmen ausschlaggebend, die Journalisten am Tatort gemacht hatten. Fanchiotti und Acosta sowie alle anderen Polizisten behaupteten jedoch während der Gerichtsverhandlungen, die seit Mai dieses Jahres andauern, unschuldig zu sein. “Ich habe nicht getötet, ich wurde dafür ausgewählt”, sagte Fanchiotti in seiner letzten Selbstverteidigungsrede am Mittwoch vor zwei Wochen. Kommissar Félix Vega, Chef des zuständigen Polizeireviers, der die Befehlsgewalt über die eingesetzten Polizeikräfte hatte, verzichtete am Mittwoch vergangener Woche auf das Recht der letzten Aussage.

Am 26. Juni 2002 hatten die demonstrierenden Piqueteros versucht, die Pueyrredón-Brücke, die wichtigste Zufahrtsbrücke zur Stadt Buenos Aires aus dem Süden, zu blockieren.

Der Polizeieinsatz, der die Kräfte der Polizei der Provinz Buenos Aires, der Bundespolizei, der Küstenwache und des Grenzschutzes vereinte, schritt gegen die Demonstration ein. Bei der Vertreibung der Demonstranten verfolgten Fanchiotti und Acosta eine Gruppe von fliehenden Piqueteros, darunter auch Kosteki und Santillán. Die gewaltsame Demonstration hatte den Interimspräsidenten Eduardo Duhalde veranlasst, die Präsidentenwahlen vorzuziehen.

Die Atombombe, die keine war

Enthüllungen eines Journalisten

Buenos Aires (AT/RTA) - In der letzten Sonntagsausgabe der Zeitung “Clarín” veröffentlichte der bekannte Journalist David Santoro einen Enthüllungsbericht über Militärpläne zum eventuellen Bau einer Atombombe in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre. Santoro hat mehrere investigative Artikel veröffentlicht, die meistens auf staatlichem Archivmaterial beruhten.

Es handelte sich um einen geheimen Atomplan der Armee, parallel zum Programm einer friedlichen Nutzung der Atomenergie, das der Kriegsmarine unterstand. Die Nationale Energiekommission wurde seit 1977 vom Admiral und Physiker Carlos Castro Madero, der 1990 verschied, geleitet. Die Armeeführung bezweckte damals laut Santoro die Einrichtung eines Labors für radiochemische Prozesse in Ezeiza, wo Plutonium gewonnen werden sollte. Oberstleutnant Ricardo Raspacioli, ausgebildeter Physiker, leitete das Vorhaben. Er starb 2000.

Die Abteilung unterstand dem Befehl von General Mario Benjamín Menéndez, später kurzfristig Gouverneur auf den Malwinen während des Konflikts mit Großbritannien. Allerdings eröffnete Menéndez dem Journalisten, dass er ein solches Vorhaben nie autorisiert habe, welches ihm als Projekt auch nicht vorgelegt worden sei. Möglicherweise habe Raspacioli das Projekt ausgearbeitet, um es gelegentlich den Vorgesetzten zu unterbreiten oder als intellektuelles Vorhaben.

In den Archiven der Armee, die Santoro einsehen konnte, wie es das Gesetz vorschreibt, befinden sich Unterlagen über die Laufbahn von Raspacioli, worin es heißt, er habe Arbeiten in Hinblick auf eine Nuklearexplosion geleistet. Ihm sei der Aufbau des Plutonium-Labors übertragen worden. Das Projekt solle freilich nur friedlichen Zwecken dienen. Das Labor wurde indessen nie gebaut.

Während der dritten Präsidentschaft von Juan Domingo Perón im Jahr 1974, der schon in seiner ersten Amtszeit 1951 dem österreichischen Physiker Ronald Richter auf den Leim gegangen war und damals von einer Atombombe faselte, wurde der Chemiker Santiago Morazzo laut Santoro mit dem Bau eines anderen Labors beauftragt, das Plutonium in kleinen Mengen produzieren sollte. Offenbar war es die Absicht des greisen Präsidenten gewesen, zwar keine Atombombe zu bauen, wohl aber zeigen zu können, dass Argentinien diese Technologie beherrsche.

Die Militärregierung von 1976 machte diese Pläne zunichte. Trotzdem sorgten sich maßgebende Regierungskreise in Washington, dass in Argentinien militärische Kernforschung betrieben werde. Es kam keinesfalls so weit. Präsident Raúl Alfonsín (1983-1989) stellte alle Bemühungen ein und entließ die Experten. Haushaltsnot diente als Argument. Atomare Forschungen sollten nur friedlichen Zwecken dienen. Alfonsín lud 1985 den brasilianischen Präsidenten José Sarney zum Besuch der Einrichtung von Pulcaniyeu in Bariloche ein. Ende 1990 einigten sich die Präsidenten von Argentinien, Carlos Saúl Menem, Brasilien, José Sarney, und Chile, Patricio Aylwin, dass keine Regierung Massenvernichtungswaffen entwickeln würde. Gemeint waren Atombomben, Langstreckenraketen, chemische und biologische Waffen.

Für oder gegen Kirchner?

Verunsicherte Exduhaldisten

Buenos Aires (AT/RTA) - Expräsident Eduardo Duhalde hat seit seinem Abgang von der Regierung am 25. Mai stets versichert, dass seine politische Zeit beendet sei und dass er nie wieder ein exekutives Amt anstreben werde, auch nicht innerhalb der Justizialistischen Partei. Seine wiederholten Beteuerungen in diesem Sinn wurden ihm in parteipolitischen Kreisen freilich nicht abgenommen. Wer verzichtet schon auf Amt und Würden in Argentinien, lautet die Frage, die sich selbst beantwortet.

Der letzte Wahlfeldzug hat Duhalde indessen recht gegeben. Nicht einmal seiner Gattin Hilda "Chiche" Duhalde als Kandidatin für das Senatsamt half Duhalde im Wahlkampf gegen die Präsidentengattin Cristina Fernández de Kirchner. Seine übrigen Gefolgsleute mussten auch zusehen, wie sie selber zurecht kamen. Duhalde blieb abseits.

Ob Präsident Kirchner in dieser Wahl Duhalde geschlagen hat oder ob dieser sich selber zurückzog, ist inzwischen eine müßige Frage geworden. Anders verhält es sich mit maßgebenden Duhaldisten, die sich in der Provinz Buenos Aires als eine eigene politische Gruppe vorstellen. Sie nennen sich ¨Föderale", welche Bezeichnung eher auf Politiker im Landesinneren als in der mächtigen Provinz Buenos Aires passt.

Führender Politiker dieser Gruppe ist der Deputierte José María Díaz Bancalari, der zwei Jahre lang als Fraktionschef mit Präsident Kirchner zusammenarbeitete und dafür sorgte, dass die Stimmen für jeweilige Mehrheitsentscheidungen zustande kamen, was ihm auch gelang. Inzwischen verfügte der Präsident, dass der frisch gewählte Deputierte Agustín Rossi aus Santa Fe das Amt des Fraktionschefs der Regierungspartei übernahm. Díaz Bancalari nahm Kirchner den Wechsel keinesfalls übel, sondern zeigte sich dem Präsidenten gegenüber versöhnlich.

Andere Föderale zielen eher auf Opposition, darunter Juan José Alvarez, Exminister Duhaldes, Francisco de Narváez, frisch gewählter Deputierter, Eduardo Camaño, vorher Kammerpräsident, und Jorge Sarghini, vormals Finanzminister Duhaldes, als dieser Gouverneur war. Weitere Föderale, die auch auf Kollisionskurs steuern, sind Alfredo Atanasof, Exkabinettschef Duhaldes, Senatorin Mabel Müller, Verbündete von Chiche, und ihr Gatte Oscar Rodríguez, Graciela Camaño, Exarbeitsministerin Duhaldes, und Jorge Villaverde, gewählter Listenerster als Deputierter der Provinz.

Die Föderalen verstehen sich freilich als Justizialisten. Ihr Mentor Duhalde beherrschte diese Partei in der Provinz Buenos Aires. Sie anerkennen Kirchner auch als Justizialisten, obwohl seine Parteigänger den Wahlsieg vom 23. Oktober mit einem neuen Parteisiegel, genannt "Front für den Sieg", organisierten, ohne auf ihre Mitgliedschaft bei der Justizialistischen Partei zu verzichten. Insofern stehen die Föderalen stets vor einem Dilemma ihrer echten Parteizugehörigkeit, für oder gegen Kirchner.

Die Abstimmungen in der Deputiertenkammer werden künftig zeigen, wo sich die Exduhaldisten niederlassen. Im Februar steht das vom Senat verabschiedete Gesetzesprojekt über die Reform des Richterrates zur Diskussion. Regierungssprecher verkünden frohlockend, dass die dafür erforderliche absolute Mehrheit der Kammermitglieder von 129 Stimmen, weil es sich um ein Verfassungsprojekt handelt, mühelos erreicht werden kann, womit auch die gleich grosse Beschlussfähigkeit gesichert wäre.

Hierfür mustert die Exekutive mehrere Politiker verschiedener Couleur, auch Parteiradikale, deren Gouverneure Kirchner-nah sind, und Anhänger des Expräsidenten und jetzigen Senators Adolfo Rodríguez Sáa aus San Luis.

WOCHENÜBERSICHT

Ein neuer Vergnügungspark

Am südwestlichsten Ende der Stadt Buenos Aires, unweit der Brücke "Puente de la Noria" soll ein neuer Vergnügungspark entstehen. Das 14 Hektar große Gelände an der Straße 27 de Febrero und der Avenida General Paz gehört der Gewerkschaft Stadtbeamten (Sutecba). Die spanische Firma Aqualand, an der die Gewerkschaft sich mit 3 Prozent des Kapitals beteiligt, hat ein Projekt bei der Corporación del Sur eingereicht, die sich mit der südlichen Hälfte der Stadt Buenos Aires befasst. In anderthalb Jahren soll der Vergnügungspark auf 6 Hektar Schwimmbecken einrichten und auf vier Hektar einen Themen-Park, auf dem Landschaften und Monumente Südamerikas nachgebildet werden, darunter Machu Pichu, den Zug in die Wolken, die Malwineninseln, der Obelisk von Buenos Aires, der Zuckerhut von Rio de Janeiro und andere. Die Firma bietet eine Gebühr ab Einweihung von 50.000 Dollar im Jahr für die ersten 15 Jahre und 55.000 Dollar für die restlichen 13 Jahre der Konzession an. Die Corporación del Sur wird eine Ausschreibung ausrufen. Die Firma Aqualand darf als Initiatorin jede Konkurrenzofferte ausstechen, sofern sie gewillt ist, die Konditionen zu bezahlen. Aqualand betreibt 14 Vergnügungsparks in Spanien, Frankreich und Portugal.

Rauchfrei

Die Nationalregierung bemüht sich beim Kongress um ein Gesetz, das Rauchen in staatlichen Büros verbietet, wie es bereits in der Stadt Buenos Aires geschieht. Unterdessen erteilt das Gesundheitsministerium auf Antrag Zertifikate an "rauchfreie" Unternehmen. Bisher wurden 231 solcher Zertifikate ausgestellt. Die Beamten kommen nicht nach, alle Anträge zu bearbeiten. Derzeit stehen über 200 Gesuche an. Die Unternehmen müssen sich verpflichten, in allen Büros Rauchverbot einzuführen, ebenfalls in ihren Fahrzeugen und bei öffentlichen Anlässen. Die Zahl der Raucher geht deutlich zurück. Laut einer Umfrage des Gesundheitsministeriums rauchen 34,4 Prozent der Argentinier gegen rund 40 Prozent im Jahr 1989.

Gehaltserhöhungen für Stadtbeamte

Der interimistische Regierungs-chef der Stadt Buenos Aires, Jorge Telerman, der den suspendierten Anibal Ibarra ersetzt, verfügte durch Dekret 1949 die Abschaffung der Gehaltskürzungen, die hohe Stadtbeamte 2001 erleiden mussten, als Kassennot herrschte. In der Folge genießen diese Spitzenfunktionäre eine Aufbesserung von rund 40 Prozent. Die Maßnahme begünstigt Staatssekretäre, ihre Stellvertreter und Nationaldirektoren, die die jeweiligen Ressorts leiten. Telerman hat sich selber von der Aufbesserung ausgeschlossen, die Ibarra auch nicht begünstigt, weil er kein Gehalt kassiert. Damals hatte Ibarra sein Gehalt um 53 Prozent gekürzt. Telerman verdient jetzt weniger als seine engsten Mitarbeiter.

Lukic-Auslieferung an Den Haag

Argentinien hat die Auslieferung des mutmaßlichen bosnisch-serbischen Kriegsverbrechers Milan Lukic an das Haager Kriegsverbrechertribunal beschlossen. Wie Medien unter Berufung auf Justizkreise berichteten, entschied Bundesrichter Jorge Urso am Mittwoch in Buenos Aires über die Auslieferung, die auch Serbien beantragt hatte. Lukic war im vergangenen August in seiner Wohnung in einem Nobelviertel von Buenos Aires verhaftet worden. Lukic widersetzte sich vor allem einer Auslieferung an Serbien- Montenegro. Dort gebe es für ihn keine Garantien für einen fairen Prozess, sagte er. Lukic wurde bereits von einem serbischen Gericht wegen des Gemetzels an 16 Muslimen an der bosnisch-serbischen Grenze im Oktober 1992 in Abwesenheit zu 20 Jahren Haft verurteilt. Serbien hatte deshalb seine Auslieferung beantragt. Das Land erhob aber keine Einwände gegen die direkte Auslieferung nach Den Haag. Das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag wirft Lukic vor, während des Bürgerkrieges in Bosnien (1992-1995) Chef der serbischen paramilitärischen Organisation "Weiße Adler" gewesen zu sein. Er wird für Morde, Folter, Verfolgung und systematische Vertreibungen von Muslimen in der Region der ostbosnischen Stadt Visegrad während des Bürgerkrieges 1992-1995 verantwortlich gemacht.

(AT/RTA/dpa)

Der Vizepräsident

Jüngste politische Episoden, die den Vizepräsidenten Daniel Scioli betrafen, haben die Aufgaben dieses Stellvertreters des Regierungs- und Staatschefs ins Rampenlicht gestellt. Im argentinischen Präsidialsystem werden die Präsidenten nach dem Vorbild der US-Verfassung zusammen mit ihren Vizepräsidenten gewählt. Beide bilden eine Formel, die sich gemeinsam dem Wähler stellt.

Während der Präsident als Regierungs- und Staatschef eine zentrale Rolle in der Tagespolitik spielt, muss sich der Vizepräsident mit untergeordneten Aufgaben begnügen. Als Vizepräsident ist er zunächst Vorsitzender des Senats, wie es auch die US-Verfassung festlegt. Die argentinische Bundesverfassung hat dieses System kopiert. Nur in Abwesenheit des Vizepräsidenten übernimmt der alljährlich gewählte Senatspräsident, lateinisch genannt "pro tempore", den Vorsitz. Der Senat ernennt für jede Sitzungsperiode einen Präsidenten seinen Reihen und zwei Vizepräsidenten, wobei Mehrheiten und Minderheiten berücksichtigt werden.

Daniel Scioli hat sich in drei Sitzungsperioden seit Ende Mai 2003 seiner verfassungsmässigen Aufgaben auf Treu und Glauben gewidmet. In Abwesenheit wegen Auslandsreisen übernahm Scioli interimistisch das Szepter des Präsidenten, allerdings nur der Form nach, ohne selber politische Entscheidungen zu treffen.

Präsident Kirchner trat seinem Vizepräsidenten zudem die formellen Aufgaben als Staatschef ab, ausländische Botschafter zu empfangen, die hier ihre Ämter mit ihren Beglaubigungsschreiben antraten. Diese Aufgabe haben vor Kirchner alle Präsidenten erledigt, ob gewählt oder nicht. Kirchner scheut sich offenbar vor solchen Formalitäten, die ihn langweilen und seine knappe Zeit beanspruchen. Die ausländischen Botschafter müssen sich damit abfinden, den Präsidenten, bei dem sie formell akkreditiert sind, überhaupt nie zu Gesicht zu bekommen. Scioli ersetzt ihn sicherlich nicht.

Vizepräsidenten haben in der argentinischen Geschichte verschiedene Rollen übernommen. Von 1853, als die Verfassung den Posten schuf, bis 1930, als der erste von sechs erfolgreichen Militärputsch stattfand, übten sich die Vizepräsidenten als Vorsitzende des Senats. Nur einmal, unter General Mitre (1862-1868) musste sein Vizepräsident José C. Paz ihn längere Zeit ersetzen, als der Präsident im Krieg der dreier Allianz mit Brasilien und Uruguay gegen Paraguay an der Front beschäftigt war.

Vier Mal mussten Vizepräsidenten das erste Amt antreten, als die betreffenden Präsidenten entweder starben (Luis Sáenz Peña 1895, Manuel Quintana 1905 und Roque Sáenz Peña 1912) oder demissionierten (Miguel Juárez Celman 1890). Gleiches geschah nach 1932, als Wahlen abgehalten wurden, im Jahr 1940, als Präsident Marcelo Ortiz krankheitshalber ausschied.

Nach 1983, als die jetzige Runde der gewählten Präsidenten eingeläutet wurde, vollendete Víctor Martínez als Vizepräsident von Raúl Alfonsín (1983-1989) sein Amt ohne Zwischenfälle. Sein Nachfolger Eduardo Duhalde, der als Formelpartner von Carlos Saúl Menem gewählt wurde, demissionierte nach zwei Jahren, um als Gouverneur von Buenos Aires anzutreten. Dasselbe geschah mit Menems nächstem "Vize"Carlos Ruckauf, der kurz vor Ende seiner Amtszeit zurücktrat, um sich dem Wahlkampf in der Provinz zu widmen. Der nächste gewählte Vizepräsident war Carlos "Chacho" Alvarez, der in einer Internwahl die Präsidentschaftskandidatur gegen Fernando de la Rúa verloren hatte, trat 2000 überraschend zurück und schwor der aktiven Politik ab, was ihn freilich nicht hinderte, fünf Jahre später als Sonderbotschafter des Mercosur zurückzukehren.

Offenbar ist Daniel Scioli nicht gewillt, sein Amt aufzugeben, dessen Aufgaben er treu nachkommt. Dem Präsidialamt bereitete Scioli bald nach dem Amtsantritt politische Schwierigkeiten mit Erklärungen, deren Inhalt sich nicht mit der Richtung des Präsidenten deckten. Scioli bemühte sich, die Gemüter zu besänftigen, die der Präsident mit seinen aggressiven Erklärungen aufgescheucht hatte. Kirchner bestrafte Scioli, dem er seinen Einfluss auf das Tourismussekretariat, das er unter Präsident Duhalde geleitet hatte, entzog und verhängte unterschwellig ein politisches Schweigegebot für Scioli.

Anders als frühere Präsidenten, ebenso wie in den Vereinigten Staaten, die die Vizepräsidenten zu den Kabinettssitzungen einluden und ihnen politische Aufgaben übertrugen, hängte Kirchner seinen Vizepräsidenten buchstäblich ab. Scioli gehört nicht zum Machtzentrum der Exekutive, wo die Entscheidungen fallen. Seine Meinung wird überhaupt nicht gehört.

Der jüngste Zwischenfall im Senat, als die Präsidentengattin Cristina Fernández de Kirchner den Vizepräsidenten irrtümlicherweise bezichtigte, ein Pressemanöver gegen sie eingeleitet zu haben, was sich als eine Fehlleistung des Senatssekretärs Juan Estrada entpuppte, beleuchtete das politische Zerwürfnis zwischen der Exekutive und dem Vizepräsidenten.

Politische Beobachter machen sich Gedanken über die Möglichkeit, dass Scioli den Präsidenten ersetzen müsste, sollte dieser krankheitshalber ausfallen, wie es die Gerüchteküche immer wieder kolportiert, wiewohl diese Lesarten vom Innenminister Aníbal Fernández energisch dementiert wurden.

Mehr Arbeitslosengeld

Laut einer Meldung von "Clarín" bereiten Beamte des Arbeitsministeriums, der Gewerkschaftszentrale CGT und der Unternehmer Reformen der Gesetzgebung über die Subventionen für Arbeitslose vor. Seit 1992 gilt das Regelwerk, wonach grundlos entlassene Arbeitnehmer die Subvention bei der Sozialstelle Anses beantragen dürfen, sofern sie mindestens ein Jahr lang gearbeitet und die Arbeitgeber die Sozialbeiträge entrichtet haben. Das Arbeitslosengeld wird auf Grund des Lohnes oder Gehalts der letzten sechs Arbeitsmonate zwischen maximal 300 Pesos und mindestens 150 Pesos im Monat berechnet. Diese Beträge wurden seit 1992 nicht angehoben, obwohl die Lebenshaltungskosten seit 2002 um mindestens 75 Prozent zugelegt haben. Die Subvention läuft ein Jahr und erlischt vorher, kaum dass der Arbeitslose eine Stelle angetreten hat oder als Selbstständiger Beiträge leistet. Der sogenannte Rat für den Mindestlohn ist berufen, Höchst- und Mindestbeträge zu bestimmen. Das Arbeitsministerium beruft den Rat zur Entscheidung ein, was bisher unterlassen worden ist. Das Arbeitslosengeld wird mit einem Sonderbeitrag der Arbeitgeber auf die Lohnsummen finanziert. Diese Sozialkasse wirft derzeit Überschüsse ab.

Die Reformen zielen, wie verlautete, darauf ab, die vorgeschriebene Arbeitszeit von einem Jahr auf drei Monate zu verkürzen, das Arbeitslosengeld auf 450 Pesos im Monat anzuheben und den sogenannten Schwarzarbeiten auch die Möglichkeit einzuräumen, die Subvention zu beantragen.

Arbeitnehmer, die schwarz eingestellt waren und entlasssen wurden, sollen nach der Reform das Recht gewinnen, ihre Arbeitgeber per Telegramm beim Arbeitsgericht zu denunzieren, wo mit Zeugenaussagen und dergleichen die Schwarzarbeit zu beweisen ist. Kommt es zum gesetzlich vorgesehenen Schlichtungsverfahren, dann entfällt das Recht auf das Arbeitslosengeld, sonst läuft das Verfahren vor dem Arbeitsgericht weiter. Das Urteil, das die Schwarzarbeit formell anerkennt, öffnet den Weg zu Anses für das Arbeitslosengeld. Gleichzeitig wird allerdings die Steuerbehörde AFIP gerichtlich benachrichtigt, die rückständige Sozialbeiträge eintreibt.

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:
www.allesdeutsch.com.ar
...für alle, die es deutsch mögen.

Anwälte
Abogados
Claudio Gaebler
Erbschaften u.a. Sucesiones e.o.
4798-5650 / 15-4532-1753

SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR
CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Randglossen

Von der Kälte Südpatagoniens kehrte Präsident Kirchner am heißesten Sommertag in sein Amtszimmer zurück, nachdem er sich eine zehntägige Ruhepause in seiner Heimatprovinz gegönnt hatte. Zehn Tage lang vermisste man die rethorischen Ausfälle des Präsidenten, jedes Mal wenn er das Wort ergreift und zum Fenster hinaus spricht. Bisher gelang es ihm, in zweieinhalb Jahren die Gunst der befragten Öffentlichkeit mit rund 70 Prozent Beifall zu erhalten. Wieviel davon seiner Rethorik zu verdanken ist, oder gar der ausgezeichneten Konjunktur dank hoher Soja- und Erdölpreise, entzweit die Meinungen. Dass Kirchner die gute Weltkonjunktur zugute kommt, ist freilich bekannt, aber ein Quäntchen Glück muss jeden Regierenden begleiten, sonst fallen alle über ihn her.

Den vorherigen Außenminister und gescheiterten Botschafter in Paris, Rafael Bielsa, regt in seiner jetzigen Eigenschaft als Nationaldeputierter die Entlassung des Journalisten Pepe Eliaschev aus dem staatlichen Rundfunk als eine mögliche Verletzung der Pressefreiheit auf. Eliaschevs Vertrag mit Radio Nacional wurde vor Jahresende plötzlich kassiert, ohne dass er sich von seinen Zuhörern verabschieden konnte. Seine kritische Stimme gegenüber dieser und vorheriger Regierungen, die freilich nicht parteipolitisch gefärbt ist, mag die Regierenden geärgert haben, weshalb Bielsa zu Recht eine Beschneidung der Pressefreiheit vermutet. Eliaschev war keinesfalls vom staatlichen Rundfunk finanziert worden, sondern holte sich sein Geld bei privaten Inserenten seiner Hörstunde. Sein plötzlicher Abgang wurde durch einen Rugby-Kommentator ersetzt, der sicherlich dazu beitrug, dass Radio Nacional Hörer verlor.

Fußball

Passarella zu den Wurzeln

Buenos Aires – Das Sommerturnier hat ein erstes Opfer gefordert. Nach einem blassen Unentschieden gegen San Lorenzo warf der Trainer des argentinischen Rekordmeisters River Plate das Handtuch. Reinaldo "Mostaza" Merlo machte namentlich Spielmacher Marcelo Gallardo für seinen Rücktritt verantwortlich. Gallardo, der mit seinen 30 Jahren immer noch als ewiges Talente gilt, war in jüngster Zeit weniger durch Leistung, sondern durch Kritik am Trainer aufgefallen. Nachfolger Merlos wird River-Urgesteins Daniel Passarella, der frühere Verteidiger (1969-84) war bis zu seiner Verpflichtung als Nationaltrainer für die WM 1998 in den USA, schon einmal Cheftrainer des Klubs. Nach einem Gespräch mit Vereinspräsident José María Aguilar zog Gallardo seine zunächst angesprochene Kündigung zurück.

Flugsport

Rekord in den Anden

Buenos Aires – Der Italiener Angelo D'Arrigo hat in den Anden einen neuen Rekord im Drachenfliegen aufgestellt. Der Extremsportler überflog den 6962 Meter hohen Aconcagua in einer Höhe von 9100 Metern. D'Arrigo brach dabei seinen 2004 aufgestellten Rekord von 9000 Metern Flughöhe über dem Mount Everest. Für seinen Flug im nicht motorangetriebenen Paraglider brauchte der 44-jährige Italiener knapp drei Stunden. D'Arrigo war mit Sauerstoffmaske und Kälteschutzkleidung ausgerüstet, in der extremen Höhe, in der er Linienflugzeuge begegnen kann, herrschen Temperaturen bis minus 50 Grad Celsius.

AUSFLÜGE UND REISEN

Moderne und Belle Epoque an der Atlantikküste

Kaum irgendwo anders ist die Geschichte so lebendig wie an der argentinischen Atlantikküste. Viele der Pioniere, die bis vor nicht allzu langer Zeit Dünen befestigten, Straßen zogen, Gärten anlegten und Brunnen in den Boden trieben, sind noch allenthalben anzutreffen.

Dabei war bis kurz vor Beginn des 2. Weltkrieges der ganze Küstenstreifen zwischen der Punta Norte del Cabo San Antonio bis nach Mar del Plata kaum bevölkert. Nur der Naturhafen von San Clemente del Tuyú und Mar de Ajó existierten.

Zwar hatte die Familie Guerrero schon in den 20er Jahren begonnen, das Gelände im Hinterland ihres herrschaftlichen Strandhauses, wo heute Cariló pulsiert, zu beforsten. Knapp weiter südlich versuchte auch schon seit den frühen Dreißigern Carlos Gesell, die Sandwüste in eine Oase zu verwandeln.

Und schließlich trassierte ab 1942 der Architekt Jorge Bunge das heutige Pinamar.

Unzählige andere Badeorte schossen anschließend aus dem Sand, so San Bernardo, so Santa Teresita, so Valeria del Mar, wo heute noch das Haus von Valeria Guerrero steht.

Cariló scheint allerdings irgendwie am Endpunkt seiner Entwicklung angelangt, und knapp weiter südlich entstehen bereits neue, mondäne Badeorte, wie Mar de las Pampas oder Mar Azul.

Bis Mitte des 20. Jahrhunderts gab es auch kaum Straßenverbindungen zu all den Badeorten des Municipio de la Costa, weil das Hinterland dieses Streifens weitgehend Marsche sind.

Und doch existierte bereits vor knapp hundert Jahren ein Ort an dieser Küste, der Weltberühmtheit erreichte. Nein, nicht das stolze Mar del Plata, sondern Ostende.

Belgische Pioniere hatten um 1912/1913 die Vision, an dem endlosen Strand einen Badstrand einzurichten, Ostende genannt, in Anlehnung an den gleichnamigen Badeort an der Kanalküste.

Das alte Gebäude des 100-jährigen Hotels Ostende.

Die Belgier bauten eine Strandpromenade, errichteten ein fashionables Hotel und legten sogar eine Schmalspurbahn als direkte Verbindung für die Badegäste an. Der Zustrom des Publikums war anfangs erstaunlich, obwohl nach einigen Jahren der Besucherzufluss zum Hotel Thermas Ostende abzunehmen begann. Ein starker Sturm riss 1942 obendrein die Promenade fort, die Zufahrtswege versandeten, das Hotel kam herunter und musste zwischendurch - von Dünen bedeckt - wiederholt freigeschaufelt und sogar aufgegeben werden. Dabei hatte es eine solche Popularität erreicht, dass dort sogar der berühmte französische Flugpionier Antoine de Saint-Exupéry Ferien machte. Das von ihm bewohnte Zimmer Nummer 51 in dem heute wieder auf Hochglanz polierten Haus ist noch zu besichtigen. Ebenso die vor Majolicas, Marmor, Kupfer und Bronze strotzende Küche aus dem zweiten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts, und der Speisesaal, der vor Schleifkristall, Porzellan und Silberbestecken glänzte - ein wahres, lebendes Museumsstück. Im Jahr 1999 wurde durch einen anderen großen Sturm die alte Strandpromenade wieder teilweise freigelegt und gilt nun auch als Anschauungsstück. Derzeit herrscht im Hotel mit seinen Dependencen Hochbetrieb wie einst. Alt und Neu reichen sich an der Atlantikküste die Hand.

Ostende liegt drei Kilometer südlich von Pinamar, an der Strandstraße, kurz vor Valeria del Mar.

Marlú

Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: flyer@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags $ 3,07. Die Rofex-Trminkurse betrugen zum 31.1. $ 3,045, 28.2. $ 3,056, 31.3. $ 3,068, 2.5. $ 3,082, 31.5. $ 3,097 und 30.6. $ 3,112.

***

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,4% auf 1.638,09, der Burcapindex um 3,6% auf4.980,38 und **der Börsenindex um 2,8% auf 73.422,81.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 1,7% auf $ 2,269.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 9.1.06 U$S 18,75 Mrd., der Banknotenumlauf $ 48,33 Mrd. Eine Woche zuvor waren es U$S 28,08 Mrd. bzw. $ 48,44 Mrd., einen Monat zuvor U$S 26,70 Mrd. bzw. $ 45,47 Mrd. und ein Jahr zuvor U$S 19,73 Mrd. bzw. $ 37,32 Mrd.

***

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 10.1.06 95,7%.

***

Die gesamten kurzfristigen Kredite der lokalen Banken haben jetzt in Pesos mit $ 33 Mrd. den Stand von Anfang 2000 wieder erreicht, nachdem sie von März 02 bis Januar 04 unter $ 15 Mrd. gelegen hatten. Die langfristigen Kredite hingegen liegen jetzt bei $ 15 Mrd., gegen $ 25 Mrd. Anfang 2000. In Dollar ausgedrückt, sind die kurzfristigen Kredite auf ein Drittel zurückgegangen und die langfristigen auf 20%.

***

Die Regierung von Mendoza hat den Staatsangestellten 05 insgesamt über $ 500.000 wegen Streiktagen abgezogen. Das bezog sich besonders auf Lehrer und Personal der provinziellen Hospitäler. Indessen wurden in der Justiz, die 40 Streiks erlitt, die Streiktage bezahlt. Gouverneur Cobos hat kein einheitliches Kriterium durchgesetzt.

***

Gouverneur Obeid, der Provinz Santa Fe, hat die Regierung um die Erhöhung der Überweisungen an sie um $ 50 Mio. gebeten, um die Fehlbeträge der Provinzrentenkassen zu decken. Er führt an, dass bereits anderen Provinzen, wie Córdoba, Mendoza und Buenos Aires, änliche Gesuche erfüllt wurden.

***

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Paul Kus, am 7.1.
Hilde Felsenstein, am 10.1.
Heinrich Dietrich Menge, 86, am 11.1.

Abeceb.com schätzt, dass die zusätzlichen Ausgaben aller Provinzen 06, gegenüber dem Vorjahr, von $ 63,96 Mrd. auf $ 75,86 Mrd. um 18,6% zunehmen werden, ihre Einnahmen von $ 68 Mrd. auf $ 79,17 Mrd., um 16,4%. Dadurch würde der Primärüberschuss der Provinzen von $ 4,04 Mrd. auf $ 3,31 Mrd. um 18,1% zurückgehen. Wesentliche Unterschiede gebe es zwischen den Provinzen Patagoniens, die bedeutende Erdölgebühren einnehmen, und jenen Nordprovinzen, die wesentlich mehr von der Beteiligung an den Nationalsteuern abhängen, und auch den grossen Provinzen, die über grössere Eigenmittel verfügen. Der grösste Belastungsfaktor aller Provinzfinanzen, der reichen und armen, seien jedoch die Gehaltsforderungen. Die Realeinkommen der Provinzbeamten liegen um 14% unter jenen von 01. Sie liegen unter jenen der Staatsbeamten und der Privatwirtschaft, was für 06 einen starken Lohndruck erwarten lässt. Deshalb werden die Personalausgaben der Provinzen um 48,4% zunehmen, mehr als alle anderen Ausgabenpos-ten.

***

Die ZB beginnt Euro zu kaufen, um ihre Devisenreserven aufzustokken, die jetzt von Euro und Dollar gebildet werden. Die täglichen Devisenkäufe werden in Euro und Dollar mitgeteilt, die Gesamtreserven nur in Dollar. 05 hatte die ZB U$S 9,63 Mrd. ausgekauft.

***

Mendozas Gouverneur Cobos gab bekannt, das die Provinz das Los Nihuiles Wasserkraftwerk in wenigen Monaten übernehmen wird. Die französische EdF (Electricité de France) zieht sich von Hinisa (Hidroeléctrica Nihuiles SA) zurück. Er betonte jedoch, dass die Verwaltung der E-Werke Nihuiles I, II, II und IV weiter privat sein wird, die wichtigen Entscheidungen jedoch von der Provinz getroffen werden. Innerhalb von 30 Tagen werden 37% der Aktien der Provinz (sie hält 47%) für kleine Investoren angeboten, womit EdF, die 51% hält, ebenfalls 20% zum Verkauf anbieten muss. Der Kauf der Aktien ist auf Bürger von Mendoza und auf 5% pro Erwerber beschränkt. Diese Aktionäre werden mit der Provinz ein Konsortium bilden, in dem die Provinz ein bevorzugtes Stimm- und Entscheidungsrecht hat.

***

Multicanal, das Kabelfernsehunternehmen der Clarin-Gruppe, will die aussergerichtliche Einigung über seine Umaschuldung von U$S 526 Mio. endgültig abschliessen. Es machte an der Börse von New York ein Angebot an die Holdouts. Das seien 33% der Gläubiger, da 2/3 derselben angenommen hatten. Multicanal will in Argentinien und den USA eine Einigung erzielen und bot den Holdouts erneut an, einen seiner 3 Vorschläge vom Juni 03 anzunehmen. In den USA hatte Richter Hellerstein die Forderung des schärfsten Gegners einer Einigung, Huff, abgewiesen, forderte das Unternehmen jedoch auf, eine Lösung, auch für die kleinen Bondsinhaber, die von keiner Investmentbank vertreten sind, vorzuschlagen. Diesen wurden nur 30% in Barem vom Nennwert angeboten.

***

Auf 562 Strassenteilen der Stadt Buenos Aires sind 1.229 nicht zugelassene Verkaufsstellen verteilt. Wie der Bereich kleine und mittelständische Unternehmen der Argentinischen Handelskammer (CAC) mitteilt, sind das um 10% mehr als im November und um 141% mehr als im Februar. Der Stadtbezirk Once ist mit 203 Verkaufsstellen, um 18% mehr als im November, der am meisten betroffene. Ausser in der engeren Innenstadt und der Callaostrasse, wo um 4% bzw. 30% weniger gezählt wurden, wurden in allen von der CAC ermittelten Gebieten Zunahmen verzeichnet, am meisten auf den Florida-, Santa Fe- und Pueyrredonstrassen. Die Rekordzahl von 20 nicht zugelassenen Verkaufsstellen auf einer Strasse wurde Cordoba 2100 und Bartolomé Mitre 2700 festgestellt.

***

05 wurden in Argentiniens Apotheken Medikamente für $ 6,4 Mrd. verkauft. Private und öffentlichen Krankenhäuser und Sanatorien erwarben für ihre Patienten für weitere $ 700 Mio., davon 80-90% Generika. In Argentinien erzeugen derzeit etwa 250 Pharmalaboratorien in- und ausländischan Kapitals Arzneien mit rd. 2.500 aktiven Heilmitteln oder Verbindungen derselben, mit etwa 10.000 Markennamen in rd. 21.000 verschiedenen Aufmachungen. Die 20 Grundheilmittel, die in Argentinien am meisten eingenommen werden, waren 04 rd. 30% aller gekauften Medikamente, wie Gesundheitsminister Gonzáles García in seinem vor Kurzem veröffentlichen Buch erklärt. Die 3 am meisten verkauften Heilmittel sind rezeptfrei und bilden 45% der am Markt verkauften Medikamente, wobei die grosse Anzahl von Marken und Arzneien mit dem gleichen oder einem ähnlichen Heilmittel zu den verschiedensten Preisen beachtlich sei.

***

In den ersten 11 Monaten 05 wurden 4.317 t frisches Hasenfleisch für U$S 16,8 Mio. ausgeführt. Wie das Senasa Amt bekanntgab, waren das mengenmässig um 25,7% und wertmässig um 4,1% mehr als im ganzen Jahr 04. Hauptabnehmer war Deutschland mit 2.360 t für U$S 7,2 Mio. vor Holland U$S 5,3 Mio., Belgien U$S 2,7 Mio., Italien U$S 900.000 und Frankreich U$S 507.000.

***

Wie E. Kritz von der Sociedad de Estudios Laborales bekanntgab, stehen die meisten Unternehmen vor 30%igen Lohn- und Gehaltsforderungen. Die Verhandlungen sollen ab Februar/März stattfinden.

***

Ende Januar soll eine 900 km lange 500 kV Hochspannungsleitung ausgeschrieben werden. Sie wird 8 Nordprovinzen beliefern und El Bracho, Tucumán, San Juancito, Jujuy und Resistencia, Chaco, an das nationale Verbundnetz anschliessen. Die Kosten würden $ 300 Mio. betragen.

***

Für die neue Hochspannungsleitung von Yacyretá nach Buenos Aires wurden 3 Angebote gemacht. Die Cartellone Gruppe und die Konsortien Intesar/Electro Ingeniería und Teima/Abengoa bewerben sich um das $ 908 Mio. Vorhaben.

***

05 haben die Leasingverkäufe gegenüber 04 um 80% zugenommen, wie der Verband der Leasingunternehmen bekanntgab. Die meisten Leasingabkommen wurden 05 vom Baugewerbe und der Landwirtschaft getätigt, die auch am meisten neue Maschinen gekauft haben.

***

Die Macro Bansud Bank hat bei der US-Wertschriftenkommission um die Bewilligung angesucht, Aktien Klasse B für bis zu U$S 286 an der Börse von New York anbieten zu können. Dazu hat die Bank bereits Aktien als ADS (American Depositary Shares) eingetragen, die unter dem Kürzel BMA notieren sollen. Unterbringer werden die UBS Investment Bank und Raymond James sein.

***

Nachdem die Kreditkartenunternehmen Visa und Mastercard die Aufgabe der zinsfreien Ratenzahlungen angekündigt haben, haben die wichtigsten Einzelhandelsketten angekündigt, dass sie, zumindest bis zum 31.1.06, die Kosten übernehmen, um das Angebot aufrecht zu erhalten. Die ersten waren Frávega und Garbarino, die etwa 50% über Kreditkarten umsetzen. Rodó, Giesso, Dromo und Coto schlossen sich an. Sie nehmen dabei alle Kreditkarten an.

***

Der Rohstoffpreisindex Ipmp der ZB nahm im Dezember 05 im Vormonatsvergleich um 1,7% zu. Ursache waren die Preissteigerungen von 3,5% der Sojapellets und von 7% bei Mais. Sojaöl ging hingegen um 3,8% zurück, Rohöl legte 2,5% zu. Im Vorjahresvergleich nahm der Ipmp im Dezember um 8,5% zu.

***

Das Softwaregesetz hat bereits seine ersten Begünstigten. Das Wirtschaftsministerium veröffentlichte die Liste der 28 kleinen und mittelständischen Unternehmen (Pymes), die an den gebotenen 60% Abschlag auf die Gewinnsteuer und Umwandlung von 70% der Arbeitgeber-Sozialabgaben in einen Bond für Steuerzahlungen an den Staat, teilhaben können. Im Gegenzug müssen sich die Firmen verpflichten, ihre Belegschaften um 15% und die Lohnsumme um 19,3% zu vergrössern und 06 $ 4,6 Mio. für Forschung und Entwicklung auszugeben. Einige der angeführten Firmen sind Software America, Neoris, Sofrecom, Meya Argentina, Pixart, Adecef, Entrepids, Worldsys, Hexacta, Soft Office, Huddle, Business Smart und Informática

Hohe Bergbauinvestitionen

Im vergangenen Jahr wurden in den argentinischen Bergbau $ 2,5 Mrd. investiert, um $ 600 Mio. mehr als 2004. Damit wurden, nach Angaben des Bergbausekretariates, die Investitionen in Erschliessungen und Entwicklungen argentinischer Bodenschätze in den letzten drei Jahren vervierfacht. Die Zahl der bearbeiteten Bergbauvorhaben nahm von 50 im Jahr 2003 auf 200 im Vorjahr zu.

Nach amtlichen Angaben galt ein bedeutender Teil der Investitionen Erschliessungsarbeiten, u.a. mit dem bisher absoluten Rekord von 300.000 Versuchsbohrungen. Die am meisten fortgeschrittenen Vorhaben, in die Erschliessungsinvestitionen von $ 400 Mio. fliessen, sind Manantial Espejo und Hue-vos Verdes in der Provinz Santa Cruz. Das erste der beiden wird von Minera Triton, einem Joint venture der kanadischen Panamerican Silver und Silver Standard bearbeitet, Huevos Verdes von der peruanischen Hochschild, mit langjähriger Bergbautätigkeit, die jedoch zum ersten Mal ausserhalb Perus investiert.

Wie die zuständige Behörde mitteilt, wurden 2005, von einer Produktion für $ 5 Mrd., Bergbauprodukte wie Karbonate, Torf, Bentonit, Gips, Marmor u.a., die an 40 Staaten geliefert werden, für $ 4,7 Mrd. exportiert, um 31% mehr als im Vorjahr.

Die hohen Investitionen im Bergbau sind eine direkte Folge der Hausse der wichtigsten Metalle. Ausserdem sind die multinationalen Bergbaukonzerne gewöhnt, hohe Risiken in Kauf zu nehmen, auch politischer Art. Und schliesslich hat die Kirchner-Regierung die Bergbaugesetzgebung der Menem-Regierung nicht angetastet, die besonders günstige Bedingungen für diesen Bereich geschaffen hat.

Gestiegene Lohnkosten der Privatwirtschaft

Vom 3. Quartal 2004 bis zum 3. Quartal 05 haben die rechtmässig gemeldeten Lohnkosten um 9,5% zugenommen. Dieser Prozentsatz ergibt sich nach Bereinigung der effektiven Kosten mit den Waren- und Dienstleistungspreisen der Unternehmen. Bei Berücksichtigung von Produktivitätszunahmen, grösserer Produktion pro Arbeitsstunde, kostet die Unternehmen, nach vorläufigen Berechnungen, jede erzeugte Einheit, durch die Lohn- und Lohnnebenkosten um 6% mehr als vor einem Jahr. Die Zahlen sind einem Bericht des SEL (Sociedad de Estudios Laborales), geleitet von Ernesto Kritz, entnommen, der darauf aufmerksam macht, dass diese Kostenerhöhungen die Endpreise belasten.

Gehälter wurden nach dem Index des Statistikamtes Indec, der aus rechtmässig gemeldeten und schwarz bezahlten Gehältern der Privatwirtschaft, sowie öffentlichen Gehältern errechnet wird, um 18,8% teurer, davon die der Privatwirtschaft um 23,7%.

Die Zunahmen der Arbeitskosten haben sich, nach SEL, in den verschiedenen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich niedergeschlagen. Bei sozialen Dienstleistungen, Erziehung und privaten Gesundheitsdiensten betrugen sie 14,5%, im Handel 14,1%, im Hotel- und Gaststättengewerbe gingen sie um 5,5% zurück und bei Gas, Strom und Wasser um 4,8%.

Die Lohnkosten im Verhältnis zu den Absatzpreisen der Unternehmen sind im Vergleich mit 2001 im Durchschnitt noch immer um 9,2% geringer. Bis Ende 2004 war dieser Kostenfaktor um 18% geringer, womit die Spanne durch die Abwertung im letzten Jahr auf die Hälfte zurückging. Aber auch hier gibt es bedeutende Unterschiede. Bei jenen Verbrauchsgütern, bei denen es die grössten Preiserhöhungen gab, wurden Lohnkosten um bis zu 37% geringer. Bei jenen mit festliegenden Preisen, wurden sie um 2% grösser. In diesem Bereich befinder sich die meisten, rd. 70%, aller Arbeitsplätze.

Orion. Alle sind Pymes, die weniger als $ 43 im Jahr umsetzen.

***

Ladrillos Olavarría, der Techintgruppe, die Dachziegel herstellt und vertreibt, hat $ 2 Mio. in einen weiteren Ziegelofen investiert. Damit erhöht sie ihre Kapazität um 25%. Auch soll die Produktpalette durch neue Ziegelformen erweitert werden.

***

Die Industrie- und Geschäftskunden des Stromverteilers von Gross La Plata, Edelap, müssen eine rückwirkende Tariferhöhung vom 1.5.05 bis zum 31.7.05 bezahlen. Sie wurde von der Stromüberwachungsbehörde Enre mittels Beschluss 838/05 bewilligt und ist Teil der Vertragsneuaushandlung mit dem Hauptanteilseigner, der AES, USA, von Mitte 05. Damals wurde diese Zahlung, die zur im 2. Halbjahr in Kraft tretenden Tariferhöhung für Grossabnehmer gehörte, von der Regierung nicht zugelassen. Die Neuaushandlung des Konzessionsvertrages mit Edelap ist bisher die einzige abgeschlossene.

***

05 wurden 380.151 Kfz neu zugelassen, um 34,2% mehr als 04, wie der Herstellerverband Adefa bekanntgab. VW hatte mit 76.859 VW, 1.525 Audi und 63 Seat den grössten Absatz, vor GM mit 57.918 Chevrolet und 10.926 Suzuki und Ford mit 58.026 eigener Marke und 22 Jaguar, 197 Land Rover und 196 Volvo.

***

Die ZB hat verfügt, dass für alle Einlagen und Sichtdepositen in Pesos, die Zinsen von mehr als 75% des Badlarsatzes der Privatbanken zahlen, 100% Pflichtreserven notwendig sind. Der Badlarsatz wird für Fristeinlagen auf 30 Tage bezahlt. Damit sollen Banken abgehalten werden, für Sichteinlagen beinahe soviel wie für kurzfristige Fristeinlagen zu bezahlen.

***

Das Wirtschaftsministerium hat seine neue Strategie zur Erlangung von Preisabkommen zur Eindämmung der Teuerung erklärt. Es will nicht mehr mit grossen Unternehmensvertretungen wie Kammern verhandeln, sondern mit den einzelnen Unternehmen. Da die Lebensmittelpreise grösste Sorge bereiten, wird mit Unternehmen dieses Bereiches an erster Stelle verhandelt: Arcor, Mastellone, Granja Tres Arroyos und Quickfood.

***

Durch Gesetz 26.074 (Amtsblatt vom 10.1.06) wurde der Import von Dieseltreibstoff (Gasoil) 06 und 07 von den Brennstoffsteuern befreit. Diese Massnahme gilt solange der Preis des importierten Produktes ohne Steuern (mit Ausnahme der MwSt.) nicht unter dem liegt, zu dem die lokalen Raffinerien den Dieseltreibstoff liefern. Der internationale Preis des Dieseltreibstoffes liegt wesentlich über dem argentinischen, so dass die Importmöglichkeit nur sinnvoll ist, wenn die Brennstoffsteuern abgeschafft werden. Auch so geht die Gleichung kaum auf. Wenn in Momenten des Spitzenkonsums nicht importiert wird, entsteht akuter Mangel, was den Personentransport, die Landwirtschaft u.a. Tätigkeit schädigt.

***

Die Provinzregierung von Chubut hat durch ein Dekret bestimmt, dass in Arroyo Verde, einem dünn besiedelten Gebiet nahe der Provinzgrenze mit Rio Negro, eine Versuchsanlage zur Wasserstoffgewinnung errichtet wird. Von einer Windkraftanlage gelieferter Strom soll durch Wasserelektrolyse Sauer- und Wasserstoff trennen und letzteren als Energieträger gewinnen.

***

Die Handelsschranken für brasilianisches Schuhwerk zeigen die ersten Ergebnisse. Die brasilianische Paquetá-Gruppe wird in Chivilcoy, 160 km von Buenos Aires Stadt, als Perchet Argentina, eine Schuhfabrik einrichten. Die Firma führt die Marke Dumond für Damenschuhe und ist Lizenzträgerin des Sportschuhwerks Marke Diadora für Brasilien, Argentinien und Uruguay. Im ersten Jahr werden U$S 10 Mio. investiert, in den ersten 5 Jahren insgesamt U$S 50 Mio. Auf 5.000 qm sollen 4 Werkshallen errichtt werden. Anfangs sollen jährlich 100.000 Diadora Turnschuhe erzeugt werden, später auch Damenschuhe. Die Gemeinde Chivilcoy und die Provinz Buenos Aires haben die Errichtung begünstigt, die unter dem Industrieförderungsgesetz keine Provinzsteuern bezahlen muss, Kredite der Provinzbank und Steuerbegünstigungen des Staates erhält. Von den 68.000 Einwohnern von Chivilcoy sollen 2.000 beschäftigt werden. Die 1945 gegründete Firma hat Fabriken in Rio Grande do Sul, Ceará und Bahía, wo 50.000 Paar im Tag hergestellt werden und ausserden 120 Verkaufsgeschäfte.

***

Das US-Pharmaunternehmen Bristol-Myers Squibb hat JP Morgan beauftragt, einen Käufer für seine Fabriksanlagen in Luis Guillón und die Linie krebsbehandelnder Präparate, die sie in Argentinien herstellt, zu finden. Marktinformationen zufolge soll der Kauf durch Roemmers, dem grössten argentinischen Pharmaunternehmen mit rd. 8% Marktanteil, vor dem Abschluss stehen. Squibb hatte sich in den 70er Jahren nach einem Montoneroangriff aus Argentinien zurück gezogen und kam erst 1996 als Bristol-Myers Squibb mit dem Kauf von Argentia, damals einem der 10 Marktersten, wieder. Die Firma behält ihre Verkaufsniederlassung in Buenos Aires Stadt für ihre Kleinkind-Ernährungspräparate Mead Johnson.

***

Die Provinz Buenos Aires wird auf die neuen Immobiliensteuern für die Landwirtschaft, für pünktliche Zahler der letzten 5 Jahre, 25% Rabatt gewähren. Die Erhöhungen von 40% bis 120%, je nach Gebiet, bleiben in Kraft, ihre Auswirkungen sollen durch den Nachlass gemildert werden. 06 soll die Steuer $ 575 Mio., gegen $ 314 Mio. im abgelaufenen Jahr, einbringen. Der Nachlass bedeute eine Einnahmeverringerung von $ 80 Mio.

***

Bei der Lebacausschreibung vom Dienstag konnte die ZB, die $ 1,2 Mrd. ausgeschrieben hatte, $ 1,33 Mrd. unterbringen, bei einem Angebot von $ 1,42 Mrd. Die Fälligkeiten hatten allerdings $ 1,53 Mrd. betragen und konnten, wie bei den letzten Ausschreibungen, nicht voll gedeckt werden. Lebac in Pesos zahlten unverändert 6,76% auf 49 und 6,89% auf 63 Tage. Auf 3 Monate wurden 7% bezahlt. Für andere Fristen gab es keine Angebote. Nobac in Pesos mit Bedlarindexierung der Privatbanken zahlten wie in der Vorwoche auf 9 Monate 2,98% über Bedlar, auf 2 Jahre 5,35% statt 5,10%. Für Bedlar nach allgemeinem Durchschnitt nahm die ZB keine

Enarsa, Repsol-YPF, Petrobras und Petrouruguay mit gemeinsamen Offshore-Projekt

Ein Jahr nachdem es ins Leben gerufen wurde, hat das staatliche Energieunternehmen Enarsa den ersten Schritt zur Erfüllung seiner Aufgabe getan, der Suche nach Erdöl unter dem argentinischen Meer, um damit dem Schrumpfen der Reserven des Landes entgegenzuwirken.

Mit Präsident Kirchner und Planungsminister De Vido als Gastgeber im Regierungsgebäude, erhielt Enarsa zwei für seine Zukunft ausschlaggebende Abkommen. Ein strategisches mit Repsol-YPF und den Beitritt in ein Konsortium mit Repsol-YPF, Petrobras und Petrouruguay.

Nach diesen Abkommen soll auf 1.500 m Tiefe nach Erdöl gesucht werden. Wie Planungsminister De Vido betonte, sei es das erste Mal in der Geschichte Argentiniens, dass in seinen tiefen Gewässern Erdöl gesucht wird. Er bezifferte die erforderliche Investition in diesem Jahr auf $ 2,2 Mrd.

Betreiber des Vorhabens wird Repsol-YPF sein, die wie Enarsa den grössten Anteil, 35%, am Konsortium halten wird. Petrobras wird mit 25% und Petrouruguay mit 5% beteiligt sein. Da argentinisce Staatsunternehmen, dem laut Gesetz alle Offshoregebiete zustehen, die am Tag seiner Schaffung noch nicht vergeben waren, bringt die Enarsa I benannten Gebiete ein, in denen die ehemaligen CAA-7 und CAA-44 enthalten sind, Repsol-YPF und Petrouruguay das CCM-2, von dem Repsol-YPF 90% und Petrouruguay 10% hält.

Wie Petrobras bekanngab, würden die ersten seismographischen Arbeiten in Kürze auf 1.000 qkm der insgesamt 35.000 qkm des Erschliessungsgebietes beginnen. Diese Arbeiten würden U$S 15-20 Mio. erfordern. Allerdings müsse noch das Schiff gefunden werden, mit dem diese Arbeiten durchgeführt werden können.

Nach Beendigung dieser Arbeiten, möglicherweise gegen Jahresende, beginnt die Auswertung der seismographischen Unterlagen durch etwa sechs Monate. Wenn die Ergebnisse zufriedenstellend sind, wird die erste Versuchsbohrung durchgeführt, was Ende 2007 stattfinden könnte und mindestens weitere U$S 40 Mio. erfordern würde. Sollte die Bohrung erfolgreich sein und sollten anschliessend Erdöllager festgestellt werden, würden weitere U$S 2-3 Mrd. erforderlich werden.

Der Notstand

Das Wirtschaftsnotstandgesetz bleibt im fünften Jahr in Folge in Kraft. U.a. bevollmächtigt es die Regierung, die über die privatisierten Dienstleistungsunternehmen abgeschlossenen Konzessionsverträge neu auszuhandeln. Der Kongress hat dieses Gesetz Nr. 26.077 (Amtsblatt vom 10.1.06) bis zum 31.12.06 verlängert.

Der Wirtschaftsnotstand war am 6.1.02 ausgerufen worden, was dem damaligen Präsidenten E. Duhalde gestattete, die Konvertabilität, die den Dollar-Pesokurs 1:1 festlegte aufzugeben, und den Staat amtlich im Wirtschafts- und Finanznotstand zu erklären. Die Fassung 06 dieser Ermächtigung behält die Berechtigung der Regierung, die Schuldenabbaupolitik weiter zu handhaben bei, desgleichen die strafweisen Entlassungsentschädigungen, die Arbeitgeber bei als ungerechtfertigt eingestuften Entlassungen mit 50% Aufschlag zu bezahlen haben. Sie gilt für alle Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz am Tag der Verabschiedung des Gesetzes innehatten.

Desgleichen verfügt das Notstandsgesetz die Beibehaltung der Pläne zur Unterstützung arbeitsloser Familienoberhäupter, und den Ernährungsnotstand, der die Regierung ermächtigt, vorübergehend Preise kritischer Waren, Güter und Dienstleistungen zu regulieren, um die Rechte der Endverbraucher von Verzerrungen des Marktes, oder monopolischer bzw. oligopolischen Machenschaften zu schützen.

Angebote an.

***

Der Verkauf gegen Kreditkarten nahm im Dezember 05 im Vorjahresvergleich um knapp 40% zu. Die zinsenfreien Ratenzahlungen, die 05 von 6 Monaten auf 12 erweitert worden waren, gaben den Ausschlag. Rd. die Hälfte aller Verkäufe waren auf Raten, gegen die üblichen 40%.

***

Die französische Suez besteht auf ihrer Klage bei der Schiedsstelle Icsid, was die Verhandlungen über ihren Rückzug aus Aguas de Santa Fe und Aguas Argentinas erschweren kann. Die Übertragung des 77,5%igen Anteils an Aguas Provinciales de Santa Fe an eine lokale Gruppe, die in dieser Woche vorgesehen war, wurde wieder unklar, da die Provinzregierung darauf besteht, dass Suez und die spanische Agbar ihre Klagen wegen der Tarifeinfrierungen vorher zurücknehmen.

***

Die Regierung hat die Verringerung der Sozialabgaben der Arbeitgeber kleiner und mittelstänischer Betriebe (Pymes), bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, verlängert. Das Dekret 31/06 (Amtsblatt vom 11.1.06) verlängert die Begünstigung durch Paragraph 6 des Gesetzes Nr. 25.877 bis zum 31.12.06. Dieser wurde ursprünglich durch das Dekret 817/04 reglementiert, das bestimmte, das Firmen mit bis zu 80 Arbeitnehmern und bis zu einem bestimmten Jahresumsatz, bei zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen eine Verringerung von einem Drittel der Unternehmerbeiträge zum Sozialsystem geniessen. Ist der neue Arbeitnehmer ein Begünstigter des Planes für arbeitslose Familienoberhäupter, beträgt die Verringerung die Hälfte. Nach der letzten Reglementierung beträgt die Umsatzobergrenze für landwirtschaftliche Betriebe $ 10,8 Mio. im Jahr, für Industrie und Bergbau $ 43,2 Mio., für den Handel $ 86,4 Mio. und für Dienstleistungen $ 21,6 Mio.

***

Der Verband der Zementfabriken verpflichtete sich Präsident Kirchner gegenüber, seine Preise während 90 Tagen nicht zu ändern. Dem Verband zufolge sind die Preise seit anderthalb Jahren unverändert. Die Branche unterstütze den Kampf gegen die Teuerung, doch müsste die Versorgung mit den wichtigsten Kostenfaktoren, Erdgas, Strom und Löhne, gewährleistet bleiben.

***

Im Februar fährt Wirtschaftsministerin Miceli in die USA, wo sie mit Schatzsekretär Snow sprechen wird. Am Mittwoch telefonierte Sie mit ihm 15 Minuten. Hauptthema war die frühzeitige Rückzahlung an den IWF,

***

Die Weinlieferungen für den Binnenverbrauch betrugen im November über 100 Mio. Liter. Sie waren um 0,14% geringer als vor einem Jahr, wie das Nationale Winzeramt bekanntgab. Der Prokopf-Verbrauch betrug 2,65 Liter, um 1,18% weniger als im November 04.

***

Argentiniens Stahlproduktion hatte 05 mit 5,38 Mio. t Gesamtlieferungen ein Rekordjahr. Wie der Hüttenverband bekanntgab, wurde um 4,8% mehr erzeugt als 04. Die Roheisenproduktion war mit 4,47 Mio. t um 7,7% grösser als 04, die Rohstahlproduktion mit 5,38 Mio. t um knapp 5%. Damit war sie durch 3 Jahre in Folge grösser als 5 Mio. t, ein bisheriger Rekord, den auch Warm- und Kaltwalzprodukte schlugen. Das sei durch die anhaltende Nachfrage des Baugewerbes, der Landwirtschaft, der Kfz-Industrie, der Haushaltsgeräteherstellung und der metallverarbeitenden Industrie im allgemeinen, sowie auf grössere Ausfuhren für den gestiegenen Weltmarktbedarf. zurückzuführen, wurde in dem Bericht hervorgehoben. Desgleichen führe das Hüttengewerbe weiter bedeutende Investitionen durch.

***

Im Dezember nahmen die Übergänge in andere private AFJP Rentenkassen leicht ab. Gegen 35.000 bis 40.000 in den Vormonaten, trugen sich 32.505 Mitglieder bei einer anderen Kasse ein. Wieder stand AFJP Nación, mit 5.373 neuen Mitgliedern, die von anderen Kassen zu ihr hinüberwechselten, an erster Stelle. Die meisten Austritte, 3.533 verzeichnete Met. Das sei auf die übernahme von Siembra zurückzuführen.

***

Die Kammer der Kfz-Händler CCA gab bekannt, dass 05 landesweit über 1,03 Mio. Gebrauchtwagen gekauft wurden, womit der bisherige Rekord von 930.000 Einheiten des Vorjahres übertroffen wurde. Das bedeute einen Mindesumsatz von $ 15 Mrd. Der Neuwagenmarkt habe einen ähnlichen Umsatz erzielt.

***

Aussenminister Taiana erklärte bei einem Essen des Industriellenverbandes, dass Argentiniens Ausfuhren 05 mit knapp über U$S 40 Mrd. einen neuen Rekord geschlagen haben. Sein Ministerium peile für 06 U$S 45 Mrd. an. Es sehe in diesem Jahr 197 Fördermassnahmen vor, wie Beteiligungen an Messen und Rundgesprächen. Er werde einige der Missionen von 40 bis 50 Unternehmern persönlich anführen. Im April in den brasilianische Nordosten, im Mai nach Zentralamerika, im Juni nach Indien und Pakistan, im September nach Russland und die Ukraine, im Oktober nach Mexiko und im November in die Schweiz und Österreich.

***

Das Landwirtschaftssekretariat rechtfertigte erneut die Vorschrift der Gewichtserhöhung des Schlachtviehes. Die Vorteile der Anfang November begonnenen Massnahme seien sichtbar. In der ersten Woche 06 war das durchschnittliche Lebendgewicht der am Markt in Liniers angebotenen Kälber um 90% grösser als vor einem Jahr. Dadurch kam vom 2. bis zum 6. Januar um 765.000 kg mehr Lebendgewicht auf den Markt. Seit der Neueinteilung des Schlachtviehs vom 9.12.05 habe das Durchschnittsgewicht der Jungstiere um 67% zugenommen.

***

Unter dem Vorsitz Präsident Kirchners wurde der Vertrag über die elektrische Verbindung von Puerto Madryn, Provinz Chubut, und Pico Truncado, Provinz Santa Cruz, unterzeichnet. Die Arbeiten der Firma Intesar (Integración Eléctrica Sur Argentino) für $ 380 Mio. sollen in 22 Monaten beendet werden. Es wird eine 543 km lange 500 kV Hochspannungsleitung gelegt, in Santa Cruz eine Trafostation von 500 kV auf 132 kV eingerichtet und eine 132 kV Leitung von Santa Cruz Norte bis zur derzeitigen Trafostation von Pico Truncado.

***

Dem letzten ZB-Bericht ist zu entnehmen, dass Darlehen an die

Privatwirtschaft im Dezember, im Vormonatsvergleich, um 4,3% bzw. $ 2,17 Mrd., zugenommen haben. Damit betrugen diese Kredite Ende 05 9,4% des BIP, um 1,3 Punkte mehr als vor einem Jahr. Im ganzen Vorjahr nahmen die Kredite an den Privatbereich um 33,3% zu.

***

Durch das Gesetz 26.079 (Amtsblatt vom 12.1.06) werden ausländische Teilnehmer an Messen, Ausstellungen und Kongressen von der MwSt befreit. Sie können mit den entsprechenden Beträgen andere Steuern bezahlen.

***

Die Justiz hat die Forderung eines Anlegers zurückgewiesen, der die Differenz zwischen zu $ 1,40 pesifizierten Dollar und ihrem Marktwert forderte. Er habe diesen Kurs freiwillig angenommen, um durch die Krise 2001/2 blockierte Mittel frei zu bekommen. Ein Bundeszivil- und -handelsgericht hat damit ein erstinstanzliches Urteil bestätigt. Der Anleger habe die Bank beauftragt, zu $ 1,40 pesifizierte Mittel zu überweisen, um über sie verfügen zu können.

***

Das argentinische Zollamt hat in Gualeguaychú einen Lkw aus Chile nach Fray Bentos, Uruguay, mit einer Last für die Firma Botnia aufgehalten, die eine der Papierfabriken am Uruguayfluss baut. Bereits im November verhinderte Argentinien die Ausfuhr von 2 grossen Bauteilen aus Zement für eine dieser Fabriken, gegen die Argentiniens Regierungen Einwände hat.

***

In den erste 11 Monaten 05 hat sich der Handelsbilanzüberschuss Argentiniens mit den USA im Vorjahresvergleich auf U$S 502 Mio. knapp verdoppelt. Argentinien lieferte den USA bis November für U$S 4,23 Mrd. und bezog von dort für U$S 3,73 Mrd.

***

Die Ausfuhren von Erd-, Schwarz- und Himbeeren betrugen in den ersten 11 Monaten 05 U$S 31,3 Mio. Nach amtlichen Mitteilungen wurden 2.090 t Schwarzbeeren für U$S 24,9 Mio. ausgeführt, der Hauptabnehmer USA nahm 1.407 t für U$S 16,3 Mio. ab. Die Erdbeerausfuhren erreichten 6.500 t für U$S 6,1 Mio.

***

Das Erdgasvertriebsunternehmen Metrogas hat sein Umschuldungsangebot bis zum 25.1.06 verlängert. Nach eigenen Angaben hat sie bereits 90,4% Zustimmung, was sie in die Nähe eines freiwilligen Abkommens bringt.

***

Weltbankkredite 2006/8

In dieser Woche hat der Staatssekretär für Wirtschaftspolitik, Oscar Tangelson, mit dem Weltbankdirektor für das Südgebiet Lateinamerikas, Axel van Trotsenburg, die allgemeinen Richtlinien für die Kredite von U$S 3,22 Mrd. für 2006/8 ausgearbeitet. Obwohl es keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten gibt, kann das endgültige Abkommen frühestens Mitte des Jahres erwartet werden.

Die Weltbank schätzt den notwendigen Kredit auf U$S 3,22 Mrd., Argentinien auf U$S 3,15 Mrd. Zu diesen kämen die U$S 1,7 bis 2 Mrd., die Argentinien beitragen müsste, damit die Kredite gewährt werden können. Von dem Gesamtbetrag ist die Hälfte für Infrastrukturvorhaben vorgesehen, 20% für das Gesundheitswesen und die restlichen 30% für Modernisierungen von Gemeinde- und Provinzverwaltungen, Aufforstungen, die Schaffung einer Datenbasis zur Kontrolle der Unterstützungspläne für arbeitsose Familienoberhäupter und andere Investitionen.

Die wichtigsten Vorhaben sind:

U$S 200 Mio. für die Verlegung und den Neubau des Hafens von Rosario.

U$S 200 Mio. für die Instandsetzung von heruntergekommenen Eisenbahn-Schienenstrecken im Landesinneren.

U$S 200 Mio. für den Überschwemmungsschutz in den Provinzen Entre Rios, Santa Fe, Chaco und Misiones.

U$S 200 Mio. für Instandsetzungen von Bahnübergängen,

U$S 200 Mio. für Vorhaben in Gemeinden.

U$S 590 Mio. für die Schaffung von Impfstoffen und die Beschaffung von Generika gegen Aids und den zweiten Teil des Mutter-Kind-Planes.

U$S 16 Mio. für die Weiterführung des Aufforstungsplanes des Wirtschaftsministeriums.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Indexierte Staatsschulden

Mit dem gewünschten und sicherlich lobenswerten Abbau der Staatsschulden nach der Umschuldung mit Kapitalschnitt und der Tilgung der Schulden gegenüber dem Internationalen Währungsfonds wurde es kraft der Inflation von 12,3% im Jahr 2005 Essig. Nahezu die Hälfte der nationalen Staatsschulden sind mit dem Referenzfaktor CER indexiert, der auf den Konsumentenpreisen fusst.

Die nationalen Staatsschulden werden offiziell per Ende 2005 mit U$S 124,5 Mrd. ausgewiesen. Darin sind freilich die sogenannten Hold outs nicht inbegriffen, die für über U$S 20 Mrd., einschliesslich Zinsen seit 2002 und mögliche Kursberichtigungen, vorerst nicht einbezogen werden. Die Regierung hat diese Schulden nicht aberkannt, sondern nur unbefristet erklärt, dass vorerst keine neue Offerte vorgetragen wird. Ausseramtlich verlautet indessen, dass im Finanzsekretariat an möglichen Varianten gearbeitet wird, die freilich für die Bondsinhaber, die die Umschuldung verworfen hatten, schlechter als die Umschuldung ausfallen würde, die 76% des Schuldkapitals mit Kapitalschnitt, niedrigen Zinsen und langen Laufzeiten angenommen haben. Ausserdem sind mögliche Urteile der Schiedsgerichte in Sachen Investitionsgarantien, die bei der Weltbanktochter Icsid gelandet sind, nicht in den Staatsschulden einbezogen worden, weil es sich um vorerst unbekannte Beträge handelt, bis die langwierigen Prozesse beendet sind. Es geht dabei in den meisten Fällen um die Schäden der Pesifizierung von Tarifen nach der Abwertung.

Nachdem die Ziehungen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds für U$S 9,6 Mrd. getilgt worden sind, verbleiben U$S 22,3 Mrd. Verbindlichkeiten gegenüber der Weltbank, der BID, des Pariser Klubs und anderen bilateralen Gläubigern. Die Bonds werden mit U$S 71,5 Mrd. ausgewiesen, davon U$S 37,2 Mrd. in Pesos und $ 34,4 Mrd. in Fremdwährungen. Sogenannte garantierte Darlehen, die Ende 2001 in Pesos mit CER-Indexierung, niedrigen Zinssätzen und langen Laufzeiten umgeschuldet worden waren, stehen mit U$S 15,2 Mrd. zu Buch. Der Zentralbank schuldet das Schatzamt nach der Tilgung der IWF-Ziehungen U$S 14,0 Mrd., so dass U$S 1,2 Mrd. anderer Schulden verbleiben.

Vom gesamten Schuldkapital sind 47% gleich U$S 52,4 Mrd. Pesoschulden mit CER-Indexierung. In der Folge wuchsen die Staatsschulden im Kalenderjahr 2005 bei 12,3% Inflation und einer Abwertung von etwa 5% ganze U$S 6,44 Mrd. als ungewollte Neuverschuldung. Die Fiskalübung, mit hohem Primärüberschuss die Zinsen der Staatsschulden und einen Teil der Tilgungen zu bezahlen, damit die Gesamtschulden abnehmen, hat sich als eine Fata Morgana in der Sandwüste entpuppt. Die Indexierung hat die Neuverschuldung automatisch nach sich gezogen.

Neckischerweise entsprach die Schuldenindexierung im Jahr 2005 etwa dem Fiskalüberschuss von rund $ 20 Mrd (letzte Zahlen stehen noch aus), gleich U$S 6,5 Mrd., etwa zwei Drittel der IWF-Tilgung. Für jeden Prozentpunkt der Inflation vermehren sich die Staatsschulden um U$S 524 Mio.

Die Indexierung der Staatsschulden begleitete ab Anfang 2002 die sogenannte asymmetrische Pesifizierung wie der Schatten den Körper. Das Schatzamt übernahm Schulden dieser Finanzübung mit neuen Bonds, genannt Boden, Bocon, Par, Cuasipar oder Bogar, allesamt in Pesos mit Indexierung CER wie vor der Abwertung die genannten garantierten Darlehen. Das hat zur jetzigen Lage geführt, dass nahezu die Hälfte der Staatsschulden mit CER indexiert sind und Wegen der Inflation bei geringerer Abwertung in Dollar laufend zunehmen. Exminister Lavagna hatte vor Monaten eingesehen, dass die Indexierung zu uferloser Neuverschuldung führen würde und hat auf neue Bondsausgaben mit CER-Indexierung verzichtet. Seither werden wieder Bonds in U$S oder in Pesos zu normalen Zinssätzen, letztere allerdings zu kurzen Tilgungsfristen, ausgegeben.

Der Tatbestand, dass fast die Hälfte der Staatsschulden indexiert und die Inflation keinesfalls im Griff ist, beleuchtet die Schuldentilgung der Ziehungen gegen den Währungsfonds in anderem Licht. Mit dieser Tilgung wurden bekanntlich niedrig verzinsliche Schulden vorzeitig zurückgezahlt, während neue Bonds zu doppelt so hohen Zinssätzen ausgegeben werden, beispielsweise zugunsten von Venezuela zu über 8% per annum und in US-Währung. Unterdessen treiben indexierte Bonds mit der Inflation ihr automatisches Spiel der ungewollten Neuverschuldung.

Sicherlich wäre es in Hinblick auf diese Schuldenverfassung vor-

teilhafter gewesen, CER-indexierte Bonds zu tilgen, die für die Zukunft nur Neuverschuldungen verheissen, anstatt niedrig verzinste Ziehungen gegenüber dem Fonds, die in drei Jahren zu zahlen waren und möglicherweise teilweise hätten gestreckt werden können.

Nachdem aus rein politischen Gründen, ohne dass Wahlen bevorstünden, die schlechtere Alternative gewählt worden ist, muss sich die Regierung bemühen, die Inflation zu bremsen, die 2005 doppelt so hoch wie 2004 ausfiel, um ungewollte Neuverschuldungen zu verhüten. Bisher ist ihr dieses Kunststück nicht gelungen.

Die Diskussion über die Gewinnsteuer

Die international als Einkommenssteuer („income tax“) bezeichnete Steuer hiess in Argentinien ursprünglich, als sie Mitte der 30er Jahre eingeführt wurde, „impuesto a los réditos“. Damals war der Begriff „Einkommen“, auf spanisch „ingreso“, nicht bekannt, so dass man ein Wort erfand, das vom italienischen „reddito“ abgeleitet wurde. Bei der Reform von 1973 wurde die Steuer in „Gewinnsteuer“ umgetauft, was eine Begriffsverwirrung beinhaltet, da der Gewinn eine Kategorie des Einkommens ist, und nicht ein Synonym für Einkommen. Das z.B. ein Lohn oder Gehalt als Gewinn eingestuft wird ist reichlich absurd. Man hat es damals versäumt, die moderne internationale Terminologie einzuführen und die Steuer schlicht Einkommenssteuer („impuesto a los ingresos“ oder genauer „a los ingresos netos“) zu taufen. Es ist höchste Zeit, dass dies nachgeholt wird.

Diese Gewinnsteuer hat in letzter Zeit eine weitverbreitete Empörung ausgelöst, weil immer mehr Lohnempfänger durch die jüngsten Zulagen das steuerfreie Minimum überschritten haben und die Steuer zahlen müssen, die vom Arbeitgeber direkt einbehalten wird. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit einem Sohn, der 1999 monatlich $ 2.566 verdiente, im Jahr 2000 ebensoviel und 2004 $ 4.458 (73% mehr, was über der Zunahme des Indices der Konsumentenpreise bis 2005 liegt), bei jährlichen Soziallasten von $ 3.600 1999, $ 3.060 im Jahr 2000 und $ 3.600 im Jahr 2004, zahlte 1999 überhaupt keine Gewinnsteuer, 2000 $ 448,44 und 2004 $ 2.963,11, also 561% mehr als im Jahr 2000. Einmal hat die Reform von Wirtschaftsminister Machinea von Anfang 2000 die Progression erhöht, und dann fand eine kalte und ser ausgeprägte Erhöhung der Besteuerung durch die Inflation statt, die 2002 einsetzte, wobei die Gewinnsteuersätze nominell unverändert blieben.

Abgesehen von der allgemeinen Empörung, hat dies zur Folge, dass der Anreiz zur Schwarzarbeit grösser wird. Kleinere Unternehmen werden versuchen, einen grösseren Teil des Lohnes oder Gehaltes schwarz zu zahlen, damit der Arbeiter oder Angestellte nicht von der Gewinn-steuer erfasst wird. Auf diese Weise ist der Arbeitnehmer zufriedener, und der Unternehmer kann den Anteil des schwarzen Umsatzes erhöhen, womit er zunächst die MwSt. spart, dann aber auch bei der Gewinnsteuer weniger zahlt. Die Regierung spricht stets von der Bekämpfung der Schwarzarbeit, schafft jedoch neue Anreize für diese. Wenn ein Arbeiter ganz schwarz arbeitet, lässt sich der Fall bei einer oberflächlichen Inspektion leicht aufdecken. Wenn aber nur ein Teil des Lohnes schwarz gezahlt wird, ist der Fall für einen Inspektor wesentlich schwieriger.

Die Zeitung „La Nación“ gab am letzten Sonntag bekannt (im Artikel von Néstor Scibona), dass im Wirtschaftsministerium eine Reform der Einkommenssteuer studiert wird, die im Prinzip mit der Zustimmung von Präsident Kirchner zählen soll. Die Fachleute des Ministeriums sind der Meinung, dass das steuerfreie Minimum nicht angetastet werden soll, da es ohnehin im internationalen Vergleich hoch sei, und konkret über dem von Brasilien, Chile u.a. Staaten liege. Auch in den USA liegt dieses Minimum niedriger, wobei jedoch die Soziallasten wesentlich geringer sind, was auch berücksichtigt werden muss. Somit soll dem Gesuch von CGT-Chef Hugo Moyano nicht stattgegeben werden.

Statt dessen sollen die Progressionsskala und die Abzüge geändert werden, wobei die von Machinea 200 Verfügte Erhöhung der Progression und Verringerung der Abzüge bei steigendem Einkommen angeblich rückgängig gemacht werden sollen. Diese Reform soll den Fiskus $ 500 Mio. im Jahr kosten (auf Gesamteinnahmen dieser Steuer von $ 30 Mrd., von denen allerdings nur ein geringer Teil auf natürliche Personen entfällt; den Löwenanteil zahlen Unternehmen, besonders grössere und mittlere). Die Reform scheint mehr für den Mittelstand als für Empfänger relative niedriger Einkommen gedacht zu sein. Es ist höchste Zeit, dass etwas für den Mittelstand getan wird, vor allem dem, der im Abhängigkeitsverhältnis tätig ist und kaum Hinterziehungsmöglichkeiten hat. Denn die brutale regressive Umverteilung des Volkseinkommens, die ab der Abwertung von 2002 eingetreten ist, ging vornehmlich zu Lasten dieser Einkommensgruppe. Der selbstständig tätige Mittelstand löst das Problem auf andere Weise, da meistens Hinterziehungsmöglichkeiten bestehen, die kaum aufzudecken sind.

Das entsprechende Gesetz soll in den kommenden Wochen im Kongress eingebracht werden, wobei es voraussichtlich ohne Schwierigkeiten verabschiedet wird, auch mit den Stimmen von Oppositionsdeputierten und -senatoren. Denn ein Reformprojekt im erwähnten Sinn kommt auf alle Fälle beim Mittelstand gut an, der stark meinungsbildend ist, und ausserdem betrifft dies auch die meisten Abgeordneten und Senatoren in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen.

Die Illegalität der Agrarsubventionen der USA, der EU u.a.

Alieto Guadagni, Mitglied des Direktoriums der Weltbank in Vertretung Argentiniens u.a. Staaten, vormals Staatssekretär für Industrie, Handel und Bergbau und vorher in verschiedenen hohen öffentlichen Ämtern tätig (niemand hat so viele verschiedenartige hohe Ämter besetzt wie er), der ausserdem ein hervorragender Wirtschaftsfachmann ist, kümmert sich in letzter Zeit intensiv um den Welthandel mit landwirtschaftlichen Produkten, die WHO und den Gang der Doha-Runde. Er hat dazu beigetragen, dass die Weltbank eine Studienabteilung für diesen Fragenkreis geschaffen hat, in der Überzeugung, dass die Handelsliberalisierung auf diesem Gebiet für die armen Länder unverhältnismässig wichtiger ist, als noch so grosszügige Entwicklungskredite.

In einem Artikel, den er in der Landwirtschaftsbeilage der Zeitung „Clarín“ veröffentlicht hat, beleuchtet er das Thema von einem originellen Standpunkt. Ende 2004 ist das heuchlerisch als „Friedensabkommen“ bezeichnete System abgelaufen, das die WHO seinerzeit gutgeheissen hatte, nach dem keine Klagen bei der WHO wegen Subventionen und Schutzmassnahmen bei Agrarprodukten zugelassen waren. D.h., die Industriestaaten konnten die allgemeinen Normen der WHO auf diesem Gebiet, zu deren Einhaltung sie sich verpflichtet hatten, einfach missachten, ohne das dabei etwas geschah. Das hat sich ab 1.1.05 geändert, wobei die Chance, dass bei einem neuen Abkommen der WHO diese absurde Klausel erneuert wird, sehr gering ist. Dies wäre nur als Konzession bei einer wirklich grosszügigen Liberalisierung denkbar.

Somit besteht jetzt die effektive Möglichkeit, Klagen einzureichen. Brasilien hat schon gegen die EU wegen der Zuckermarktordnung geklagt und das Schiedsgericht der WHO hat dem Klägerland recht gegeben, so dass die EU beschlossen hat (was sie auch ohne die brasilianische Klage schon tun wollte), die Exportsubventionen auf Zucker schrittweise ganz abzuschaffen, dann den internen Preise um 39% zu senken, die Produktion von 20 auf 12 Mio. t zu verringern und die unwirtschaftlichsten Fabriken im Rahmen eines geordneten Verfahrens zu schliesssen. Die Kosten der Exportsubventionen (die etwa 200% des Weltmarktpreises ausmachen) wurden auf den internen Preis aufgeschlagen, was den Zucker für die EU-Konsumenten verteuerte und zuckerverbrauchende Industrien (vornehmlich Schokolade und Süssigkeiten) schädigte.

Brasilienen hat auch eine Klage gegen die USA wegen der hohen Subventioen auf Bauwolle eingereicht und den Fall gewonnen. Die US- Baumwollsubventionen erreichten nach den letzten Daten, die Guadagni vermittelt, 65% des Produktionswertes. Die USA haben auf die Entscheidung der WHO noch nicht reagiert, werden jedoch etwas tun müssen, um zu vermeiden, dass die WHO Retorsionsmassnahmen genehmigt, so dass Brasilien auf ausgewählte Produkte, die es aus den USA importiert, einen Strafzoll verhängen kann, so dass dann die betroffenen USA-Industrien bei Lieferungen nach Brasilien nicht mehr konkurrenzfähig sind. Guadagni verweist auf eine Studie einer privaten Institution, die Oxfam heisst, in der zahlreiche andere Fälle aufgezählt werden, bei denen die USA und die EU Subventionen vergeben,

die gegen die WHO-Normen verstossen, also illegal sind. Es handelt sich um Butter, Orangensaft u.a. Obstsäfte, Tabak, Tomaten, Mais, Reis, Pfirsichkonserven, Wein und Liköre. All diese Produkte betreffen auch Argentinien, so dass sich die zuständigen Regierungsstellen Gedanken machen sollten, ob sie Klage bei der WHO einreichen, allein oder mit anderen geschädigten Staaten. Auch bei Rindfleisch u.a. Produkten verstossen viele WHO-Mitgliedern gegen die Normen dieser Institution.

Guadagni weist darauf hin, dass die Welt gegenwärtig vor der Alternative steht, dass die USA, die EU u.a. fortgeschrittene Staaten auf eine Abschaffung der Subventionen (und nicht nur der direkten Exportsubventionen, was schon in Hong Kong beschlossen worden ist) einwilligen, und auch wirksame Fortschritte bei der Marktöffnung zulassen, oder es wird zu einer Flut von Klagen bei der WHO kommen, die in unsystematischer Art und Weise zu den Reformen zwingen. Das argentinische Aussenamt, die Mercosur-Behörden und die Gruppe der 20, sollten auf alle Fälle die Klagen bei den zahlreichen Einzelfällen schon vorbereiten.

Wenn die Verhandlungen der Doha-Runde sich in den kommenden Monaten nur schleppend entwickeln, könnte die Einreichung aller nur möglichen Klagen die Unterhändler der Staaten, die auf dem Agrargebiet sündigen, zu einer liberaleren Haltung bewegen. Kein Druckmittel darf unterlassen werden. Indessen handelt es sich hier um eine Wende um 180 Grad bei der traditionellen Haltung des argentinischen Aussenamtes. Hoffen wir, dass es dem einflussreichen Alieto Guadagni gelingt, dazu beizutragen.